

# Mittelrhein

Fotos, Videos, Berichte auf [www.rhein-zeitung.de/bad-ems](http://www.rhein-zeitung.de/bad-ems)



Rund um das ehemalige Drahtwerk-Schmidt-Gelände am Ortseingang von Niederlahnstein sind umfangreiche Rodungsarbeiten durchgeführt worden.

Fotos: Tobias Liu

## Kreis: Rodungen an der Lahn sind rechtens

Rund um das ehemalige Gelände von C.-S.-Schmidt in Niederlahnstein wurden Bäume gefällt

Von Tobias Liu

■ **Lahnstein.** Spaziergänger, Radfahrer, Kommunalpolitiker – sie alle sind entsetzt über das Bild, welches sich derzeit am Niederlahnsteiner Lahnufer kurz vor der C.-S.-Schmidt-Brücke bietet: Auf und rund um das ehemalige C.-S.-Schmidt-Gelände am Ortsausgang von Niederlahnstein, welches vor einigen Monaten von Recyclingexperte Zimmermann gekauft wurde (unsere Zeitung berichtete), sind großflächige Rodungsarbeiten durchgeführt worden. Sowohl im hinteren Bereich an der C.-S.-Schmidt-Brücke, auf dem Gelände selbst als auch im vorderen Bereich von Niederlahnstein aus kommend Richtung Schleusenhäuschen wurden Dutzende Bäume gefällt.

Auch im Lahnsteiner Stadtrat poppte das Thema nach einer Anfrage von Klemens Breitenbach (CDU) kurz auf. Ende November hatte der Rat bereits in seiner Son-

dersitzung das Bebauungsverfahren für die von der Bundesstraße B 260 im Norden und der Lahn im Süden umschlossenen Flächen des ehemaligen Geländes der Hohenreiner Hütte eingeleitet. Dieser Beschluss erging einstimmig, genau wie die beschlossene Veränderungssperre. Damit wollte der Rat verhindern, dass vor Aufstellung eines Bebauungsplans Fakten geschaffen werden. Der Recyclingexperte Zimmermann hatte Grundstücke gegenüber des Eingangs zur Ruppertsklamm erworben, die Politik befürchtet, dass dort ein weiterer Wertstoffhof oder Ähnliches entstehen könnte. Was genau die Firma mit Zentrale im Gewerbegebiet Ahlerhof in Friedrichsseggen nun am Ortseingang Niederlahnstein vorhat, bleibt unklar. Mehrere Anfragen unserer Zeitung blieben dazu unbeantwortet.

Auf Nachfrage unser Zeitung erklärt die Pressestelle der Kreisverwaltung Rhein-Lahn nun zu den



Begründung für die Fällungen: die Verkehrssicherheit auf den Wegen

Rodungsarbeiten Folgendes: „Der bisher gerodete Umfang wurde im Rahmen einer Ortsbesichtigung in Augenschein genommen. Das Roden einer Fläche über den Naturpark Nassau ist aufgrund des Umfangs noch nicht einschlägig.“ Während einer weiteren Ortsbesichtigung habe der Grundstückseigentümer erläutert, dass beabsichtigt werde, die Bäume zurückzuschneiden beziehungsweise zu fällen und den Bewuchs zu besei-

tigen, erklärt der Kreis. Ansonsten würde die Verkehrssicherheit auf öffentlichen Wegen, Straßen und Nachbargrundstücken gefährdet. „Hiergegen bestehen keine naturschutzrechtlichen Bedenken, solange die Arbeiten bis zum 28. Februar erfolgen“, so die Kreisverwaltung, deren Untere Naturschutzbehörde hier zuständig ist. Hintergrund des Datums: Ab dem 1. März beginnt die gesetzliche Schonzeit. „Der abgesprochene

Umfang muss natürlich eingehalten werden“, betont der Kreis. Zudem würden weitere geplante Maßnahmen im Vorfeld mit der Unteren Naturschutzbehörde abgesprochen, um dem Artenschutz Rechnung zu tragen. „Uns ist es nicht bekannt, dass Gebäude verändert werden sollen.“ Der Grundstückseigentümer sei gebeten worden, „bei baulichen Veränderungen sich ebenfalls im Vorfeld mit der Unteren Naturschutzbehörde abzusprechen.“ Der Kreis gibt auch eine Stellungnahme aus wasserrechtlicher Sicht: „Die Lagerung von Containern im 40-Meter-Bereich der Lahn bedarf einer wasserrechtlichen Genehmigung. Der Grundstückseigentümer wurde auf die Genehmigungspflicht Ende Oktober 2022 hingewiesen. Dieser hat die Container daraufhin aus dem 40-Meter-Bereich der Lahn im November 2022 entfernt.“ Gleichzeitig habe dieser mitgeteilt, er wolle für die Lagerung der Container im 40-Meter-Bereich der Lahn einen Antrag auf wasserrechtliche Genehmigung bei der Unteren Wasserbehörde stellen. „Bisher hat uns ein solcher Antrag nicht erreicht.“

## Flüchtlinge finden hier Sicherheit

Die Zahl schwankt immer zwischen 2500 und 2600, berichtet die Koblenzer Bürgermeisterin Ulrike Mohrs. Es kommen neue Flüchtlinge aus der Ukraine dazu, andere gehen zurück. Seite 28

## An Tatort zurückgekehrt

Anzeige wegen Flucht

■ **Lahnstein.** Am Samstag gegen 14 Uhr befuhr ein 25-jähriger Fahrer mit seinem Pkw die Koblenzer Straße in Lahnstein und streifte dabei einen ordnungsgemäß am Fahrbahnrand geparkten Pkw. Er entfernte sich laut Polizei zunächst unerlaubt vom Unfallort, kehrte aber nach etwa 15 Minuten dorthin zurück. Der Fahrer stand unter Alkoholeinfluss, sodass eine Blutentnahme und die Beschlagnahmung seines Führerscheins angeordnet wurden. Gegen den Fahrzeugführer wurde ein Strafverfahren wegen Straßenverkehrsgefährdung sowie Verkehrs-unfallflucht eingeleitet. red

## Studierende stellen Ideen vor

Aussichtsturm ist Thema

■ **Lahnstein.** Eine mögliche Neuerrichtung des ehemaligen Aussichtsturmes „Sechsenblick“ im Oberlahnsteiner Distrikt Ahlwegskopf in der Nähe des ehemaligen Hofes Aspich beschäftigt die städtischen Gremien bereits seit einigen Jahren. Bereits im Jahre 1914 stand an dieser Stelle ein acht Meter hoher Turm, 1965 erfolgte die Neuerrichtung, eine Holzkonstruktion mit einer Höhe von 15,5 Metern. Aufgrund der starken Witterungseinflüsse und Baufälligkeit erfolgte 2000 die Sprengung des Turms, wie die Stadt mitteilt.

Nachdem 2022 mit der Hochschule Koblenz eine mögliche Lahnquerung mit Blick auf die Buga 2029 vorgestellt wurde, widmeten sich jetzt Studierende im Rahmen des Masterstudiengangs Intergrale Planung dem Aussichtspunkt „Sechsenblick“. Sechs Studententeams stellen ihre Entwürfe in einer gemeinsamen Sitzung des Fachbereichsausschusses 1 und des Buga-Ausschusses am Montag, 6. März, 17 Uhr, im großen Saal der Stadthalle vor. red

Die Vorlagen sind drei Tage vor der Sitzung unter [www.lahnstein.de/verwaltung/rat-und-gremien](http://www.lahnstein.de/verwaltung/rat-und-gremien) („Gremieninformationen“, oben rechts) abrufbar.

## VdK-Mitglieder treffen sich

Stammtisch nach Tagung

■ **Lahnstein.** Der Sozialverband VdK Ortsverband Oberlahnstein lädt zur Mitgliederversammlung am Mittwoch, 8. März, um 16 Uhr ins „Winzerhaus“ nach Lahnstein ein. Die Tagesordnung umfasst laut Presseinfo neben der Begrüßung und Totenerhebung unter anderem den Kassenbericht, den Bericht der Kassenprüfer, die Veranstaltungen im Jahr 2023, Anregungen und Bestandenheiten der Mitglieder sowie eine Statistik. Der Vorstand würde sich eigenen Angaben zufolge über eine rege Beteiligung freuen. Im Anschluss findet der monatliche Stammtisch statt. red

## Bürgerinitiative Pro Brücke lädt Innenminister ein

Vorstand bestätigt

■ **Mittelrhein/Auel.** Die Bürgerinitiative (BI) Pro Brücke traf sich vor Kurzem zur Mitgliederversammlung. Eigenen Angaben zufolge engagiert sich der Verein seit 2011 für den baldigen Bau einer Mittelrheinbrücke, seit deren Aus im rot-grünen Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde.

Vorsitzender Bernd Zorn informierte über den aktuellen Sachstand zum Thema. Dabei lag ein Schwerpunkt auf dem seit einiger Zeit laufenden Raumordnungsverfahren. Ursprünglich war die Fertigstellung dieses Verfahrens für Herbst 2022 angekündigt. Aus diesem Grund hatte die BI auch einen

Vertreter der für das Verfahren federführenden Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord eingeladen. „Leider wurde die Einladung kurzfristig ausgeschlagen. Begründet wurde dies damit, dass es sich bei der geplanten Mittelrheinquerung ... um ein sensibles Projekt handelt, welches gegebenenfalls Auswirkungen auf den ‚Outstanding Universal Value‘ (OUV) der Welterbestätte Oberes Mittelrheintal haben könnte“, schreibt die BI in ihrer Pressemitteilung. Vor diesem Hintergrund habe die UNESCO das Land Rheinland-Pfalz aufgefordert, sämtliche Planungsschritte eng mit der UNESCO beziehungsweise Icomos International abzustimmen und keine Entscheidung vor einer Kon-

sultation der UNESCO-Gremien zu treffen. Zuletzt erfolgte daher im Mai 2022 die Vorstellung des Raumordnungsverfahrens im Rahmen der Reactive Monitoring Mission des Welterbezentrums und von Icomos International im Welterbe Oberes Mittelrheintal. Der Bericht zur Mission liegt erst seit Januar 2023 vor. Nach Mitteilung der SGD erfolgt derzeit durch das Ministerium des Innern die Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dem Welterbezentrums. Ein Abschluss des Verfahrens soll voraussichtlich im Frühjahr 2023 erfolgen.

Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand der BI unmittelbar nach der Versammlung den Innenminister Michael Ebling angeschrieben und zu einer öffentlichen Infover-

anstaltung eingeladen. „Damit bietet die BI dem Minister exklusiv die Gelegenheit, den Abschluss und die Ergebnisse des Verfahrens vor Ort vorzustellen und der Bevölkerung, diese Informationen aus erster Hand zu erfahren“, so die BI und verspricht, „ein Termin wird rechtzeitig öffentlich bekannt gegeben.“

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Satzung der BI durch Beschluss verändert. So gehören künftig auch die Bürgermeister der Verbandsgemeinden Loreley und Hunsrück-Mittelrhein dem Vorstand kraft Amtes an. Ebenso wurde der Vorstand der BI neu gewählt, wobei es zu keinen personellen Veränderungen kam. Vorsitzender bleibt Bernd Zorn,

sein Stellvertreter Reinhold Peterle. Die Kasse führt Pia Trimpe-Müller, Jens Güllering bleibt Schriftführer. Für die Organisation von Veranstaltungen ist Klaus Itzel Teil des Vorstandes.

Zur Veranschaulichung der Bedeutung einer funktionsfähigen Brückeninfrastruktur wurde auf die bestehende Sanierung der Lahnbrücke bei Lahnstein hingewiesen. Aus der Versammlung heraus wurde deutlich, dass die Mobilität im gesamten Tal nur mit funktionsfähigen Brücken gewährleistet ist und eine Mittelrheinbrücke hierfür unerlässlich ist. red

Infos zur BI Pro Brücke e. V. gibt es über die Facebook-Seite „Ja zur Mittelrheinbrücke“.